Was nimmt die Beschäftigtensteuer?

Die alte und neue Belastung des Arbeiterhaushalts

Die erste Notverordnung des Kabinetts von Papen hat den proletarischen und den werktätigen Massen des deutschen Volkes neue 1,5 Milliarden Mark durch Beschneidung der bisherigen Sozialleistungen und durch Steuern genommen. Die verordnete Beschäftigungssteuer sieht wie folgt aus:

Monatseinkommen Mark	Lohn und Gehaltsempfänger Mark
50	0,75
100	1,50
130	3,25
150	3,75
300	7,50

400 Millionen Mark soll diese Beschäftigtensteuer, oder wie sie offiziell heißt, Arbeitslosenabgabe betragen.

Es ist in diesem Zusammenhang eine Zusammenstellung über die Belastung des Arbeitseinkommens durch Massensteuern und Zölle von besonderem Interesse. Eine solche Zusammenstellung ist in der letzten Nummer (18. Juni 1932) der „Finanzpolitischen Korrespondenz" erschienen. An Hand einer Untersuchung des Statistischen Reichsamtes wird die Belastung des Arbeitseinkommens durch Umsatzsteuer, durch Verbrauchsbesteuerung und durch die Agrarzölle festgestellt.

Der Arbeitshaushalt zahlt pro Jahr eine Umsatzsteuer von über 60 Mark. Das Arbeitseinkommen als ganzes ist durch die Umsatzsteuer im Jahre 1927/1928 mit rund 750 Millionen Mark belastet worden.

Durch die Verbrauchssteuer wird der Arbeitshaushalt mit jährlich 100 Mark belastet. Für das gesamte Arbeitseinkommen ergibt sich eine Belastung von 1,2 Milliarden Mark.

Was die Belastung des Arbeitshaushaltes durch Agrarzölle anbelangt, so gibt es bisher darüber kaum exakte Zahlen. Die aufgestellten Berechnungen zeigen, daß durch die Agrarzölle den Großagrariern ein Extraprofit, durch die Erhöhung der Inlandspreise für landwirtschaftliche Produkte, von über 3,3 Milliarden Mark jährlich in den Rachen geschleudert wird. Das alles wird dem Arbeiter und den Werktätigen genommen.

Es wird geschätzt, daß der Arbeiter mehr als ein Viertel seines Einkommens in Form von Steuern, Zöllen und Sonderleistungen an die öffentlichen Körperschaften abführt. Die neue Beschäftigtensteuer bringt eine neue Belastung des Arbeitseinkommens, wobei auch das kleinste Lohneinkommen der Heimarbeiterin von dieser Steuer betroffen ist.

Bedenkt man noch dabei, daß die 1,5 Milliarden Mark einzig und allein den Erwerbslosen, den beschäftigten Arbeitern und Angestellten, den Kleingewerbetreibenden genommen werden, aber kein Pfennig den Besitzenden, so begreift man die Ungeheuerlichkeit dieser Notverordnung.

Wer glaubt, die Regierung der Barone und Generale wird sich mit diesem Schlag gegen die Arbeiterklasse begnügen, der hat von der Entwicklung in den letzten Jahren nichts gelernt. Nimmt die Arbeiterklasse diese neue Anmaßung kampflos hin, so werden neue Schläge folgen. Für jeden klassenbewußten Arbeiter muß es klar sein: Es ist die höchste Zeit, daß die Millionen Arbeiter in geschlossener Einheitsfront den Kampf aufnehmen.

Buchdrucker wehren Lohnabbau ab!

Hilfsarbeiter und gelernte Arbeiter solidarisch

In der größten Buchdruckerei Bremens, Firma Hauschild, wollte die Geschäftsleitung einen Lohnabbau bei den Hilfsarbeitern durchführen.

In einer Belegschaftsversammlung faßten sämtliche Kolleginnen und Kollegen den Beschluß, bei der Durchführung der Lohnkürzung durch die Firma sofort einmütig in den Streik zu treten und die Bude stillzulegen. Dieser Beschluß wurde durch den Betriebsrat der Firma übermittelt und daraufhin sah sich der Unternehmer veranlaßt, den angekündigten Lohnraub bedingungslos zurückzunehmen.

Zum Streik bei den Berliner Bauklempnern

Nachdem die Klempnermeister aus der Tarifgemeinschaft der Zentralheizungsindustrie-, Gas- und Wasserleitungsfachmänner und des Klempnergewerbes ausgeschieden sind und ihre eigene Tarif- und Lohnpolitik betreiben, versuchen sie den Bauklempnern, Gas- und Wasserleitungsrohrlegern und Helfern den Lohn von 1,35 Mark auf 1,03 Mark zu senken und noch andere tarifliche Verschlechterungen im Gewerbe durchzuführen.

In dem Konflikt zwischen den Rohrlegern und den Unternehmern hat der DMV. durch freie Vereinbarung seine Zustimmung zu einem Lohnabbau von 1,35 Mark auf 1,16 Mark gegeben. Aber damit sind die Klempnerkrauter bei weitem noch nicht zufrieden und verlangen eine Lohnreduzierung bis auf 1,03 Mark. Die DMV.-Bürokratie gibt nur die Streiksanktion, wo sich die Kollegen im Kampf um die 1,16 Mark befinden. Trotz alledem müssen alle Rohrleger, Helfer und Bauklempner, ob im Betrieb oder auf der Stempelstelle, mit den Kämpfenden unbedingte Solidarität üben.

Neuerdings gibt der DMV. für die Betriebe, wo der Schandlohn von 1,16 Mark gezahlt wird, Arbeitsberechtigungskarten heraus, um so die Erweiterung der Streikfront zu verhindern. **Die Bauklempner, Gas- und Wasserheizungsrohrleger und Helfer müssen der Streiksabotage der DMV.-Bürokratie dadurch begegnen, indem sie sich in allen Betrieben in roter Einheitsfront gegen jeden Lohnraub und Verschlechterung ihrer betrieblichen Arbeitsbedingungen zusammenschließen.**

Achtung, Industrieverbändler!

Dröske und Orcalkewitz durch den Beirat ausgeschlossen

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat der Zentralvorstand und Beirat des Industrieverbandes für das Baugewerbe seine Drohungen gegen den Berliner Bezirksverein des IVbDB. wahrgemacht und in seiner gestrigen Sitzung die beiden oben genannten Vorsitzenden aus der Organisation ausgeschlossen. Diese Mitteilung wird in allen Bezirken einen Sturm der Entrüstung auslösen. Jetzt müssen die Mitglieder handeln, die sofortige Einberufung einer Generalversammlung fordern und die Einheit der Organisation gegen die Spaltungspolitik der Schiele und Konsorten mit allen Mitteln verteidigen.

Wir werden noch ausführlich zu dem Schandstreich des Zentralvorstandes Stellung nehmen.

Ostpreußens Eisenbahner auf dem Weg zur roten Einheitsfront

Auf einen Appell des Verbandes der Eisenbahner (RGO.) versammelten sich am Sonntag, dem 19. Juni, in Königsberg 131 Eisenbahner zu einer Einheitskonferenz. Unter den 131 Eisenbahnern befanden sich 96 in Versammlungen gewählte Delegierte aus allen Teilen des Direktionsbezirks. Unter den Delegierten befanden sich 11, die dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (freie Gewerkschaft), 3 der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Christen) und 65 dem Verband der Eisenbahner (RGO.) angehörten. 15 Delegierte waren unorganisiert. Politisch war einer in der SPD., 27 in der KPD. organisiert, 68 waren politisch unorganisiert.

Die Konferenz, die ausschließlich zusammenberufen wurde, um Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen politischen Lage, begrüßte einstimmig den Aufruf des ZK. der KPD. und des Reichskomitees der RGO. zur Schaffung der Einheitsfront und zur Formierung der Antifaschistischen Aktion.

Der Genosse Chwalek von der Reichsleitung der Eisenbahner hielt das Referat. In der Diskussion, an der sich sowohl freigewerkschaftlich, christlich Organisierte, sowie in der RGO. organisierte und unorganisierte Kollegen beteiligten, wurde die Bildung der Einheitsfront als eine für die Arbeiterschaft unbedingte Notwendigkeit in der gegenwärtigen Situation hervorgehoben.

Eine Entschließung zur politischen Lage, wo die Aufgaben der Eisenbahner mit einem Appell an alle ostpreußischen Eisenbahner zur Schaffung der Einheitsfront in allen Dienststellen enthalten war, fand einstimmige Annahme. Ebenso eine weitere Entschließung zur Reichstagswahl, in der alle Eisenbahner aufgefordert werden, die Kommunistische Partei zu wählen.

Die Konferenz sprach nicht nur von der Notwendigkeit zur Herstellung der Einheitsfront, sondern verwirklichte praktisch die Einheitsfront durch die Wahl eines bezirklichen Einheitsfrontkomitees, das die Aufgabe hat, in den nächsten Tagen und Wochen die Herstellung der Einheitsfront in allen Dienststellen zu fördern, zu unterstützen und praktisch durchzuführen.

Dieses bezirkliche Einheitsfrontkomitee setzt sich zusammen aus zwei im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, zwei in der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, zwei im Verband der Eisenbahner (RGO.) organisierten und einem unorganisierten Kollegen. Sämtliche Kollegen sind im Betrieb tätig. Auch eine Eisenbahnerfrau wurde in dieses Komitee gewählt.

Diesem Beispiel müssen die Eisenbahner in den anderen Bezirken folgen.

Freigewerkschaftliche Bergarbeiter beschließen Einheitsfrontappell

In Wanne-Eickel fand am 29. Mai eine Sitzung von Bergarbeitern, die im reformistischen Bergarbeiterverband organisiert sind, statt. Die Tagung begrüßte den Einheitsfrontappell der KPD. und RGO. und wendete sich in einer Entschließung an alle Bergarbeiter des Gebietes mit der Aufforderung, überall auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes um Lohn und Brot und gegen den Faschismus die Einheitsfront zu schließen.

Am 31. Mai fand in Herten (Ruhrgebiet) eine öffentliche Bergarbeiterversammlung der Belegschaft „Schlägel und Eisen 1—2" statt, in der besonders auch zu dem Aufruf der Kommunistischen Partei zur Antifaschistischen Aktion Stellung genommen wurde. In einer Liste trugen sich 30 Bergarbeiter namentlich ein, die ihr Bekenntnis zur Antifaschistischen Aktion entsprechend dem Aufruf der Kommunistischen Partei erklärten. Unter den Unterzeichneten befinden sich ein sozialdemokratischer und drei Zentrumsarbeiter.

Oppositionsvorstoß im Holzarbeiter-Verband

Die Bürokratie baut die Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung ab

Der Quartalsbericht, den Freigang auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gab, war ungewollt das schärfste Zeugnis gegen die Politik der Verbandsbürokratie. Der Stillhaltepolitik der Verbandsführer ist es zuzuschreiben, daß ein brutaler Lohnraub bis zu 50 Prozent auf die noch im Betrieb stehenden Kollegen niederprasselte. 69 Prozent der Berliner Holzarbeiter liegen auf den Arbeitsnachweisen. Zwei Streiks wurden in den ganzen drei Monaten geführt, von denen der Streik bei Hecht ein krasses Licht auf die Abwürgungsmethoden der Bürokratie warf.

Trotzdem auf Grund dieser Politik der Verbandsbürokratie im letzten Vierteljahr der Verband durch einen weiteren Verlust an Mitgliedern geschwächt wurde, sind wiederum sechs ehrliche oppositionelle Klassenkämpfer ausgeschlossen worden.

Freigang hatte natürlich keine konkreten Kampfvorschläge zu machen. Um so gründlicher wiesen **die Vertreter der 30 oppositionellen Delegierten** nach, daß der Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus nur erfolgreich geführt werden kann, wenn die Arbeiter und insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder ohne Rücksicht auf die SPD.-Politik des „Kleineren Uebels" und der Abwürgung der Arbeiterkämpfe die Einheitsfront im Kampfe herstellen.

Folgende Entschließung wurde von der Opposition eingebracht:

„Angesichts der Vorgänge in Frankfurt a. d. Oder, wo der Faschismus brutal die Einrichtungen der Arbeiterschaft zertrümmerte, erkennen die Delegierten des DHV., Zahlstelle Berlin, daß wir unter allen Umständen so rasch wie möglich zur Einheitsfront kommen müssen. Die Delegierten geloben, die Trennungswände, die in der Generalversammlung aufgerichtet sind, niederzureißen, um eine gemeinsame Basis für den Abwehrkampf gegen den offenen Faschismus herzustellen."

Die Bürokratie organisierte jetzt eine wüste Hetze gegen die KPD. und ließ einen Zusatzantrag einbringen, die Einheitsfront könne nur in der „Eisenren Front" hergestellt werden. Sie zeigte damit ihre Feindschaft gegen die Herstellung einer wirklichen, breiten Einheitsfront aller Klassengenossen. Es gelang ihr, diesen Antrag mit Mehrheit zur Annahme zu bringen.

Der Bericht vom „Krisenkongreß" wurde plötzlich abgesetzt, dafür teilte Boese mit, daß der Verbandstag den Abbau der Unterstützungen beschlossen hat. **Die Arbeitslosenunterstützung wird auf die Hälfte, die Invalidenunterstützung auf ein Drittel der im Statut festgelegten Sätze herabgesetzt, die Krankenunterstützung wird ganz eingestellt. Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht mehr für zehn, sondern nur noch für acht Wochen. Darüber hinaus kündigte Boese die völlige Einstellung der Unterstützungen an, falls sich die Lage nicht bessere!** Die Generalversammlungsdelegierten wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, eine Diskussion darüber gab es nicht.

Jetzt müssen die Kollegen in den Betrieben und Stempelstellen sprechen. Sie müssen Aufklärung verlangen, wozu ihre Mitgliedsbeiträge da sind, wenn kaum etwas für Streiks ausgegeben wird und obendrein noch die Unterstützungen abgebaut werden. Gemeinsam mit der Opposition müssen sie den Kampf für die Herstellung der breitesten roten Einheitsfront aufnehmen.

Worum geht es bei den graphischen Hilfsarbeitern?

Die Gewerkschaftsbeamten des graphischen Hilfsarbeiterverbandes versuchen durch ihre Darstellung in den sozialdemokratischen Blättern den Eindruck zu erwecken, als ob es nur um den Reichslohntarif der graphischen Hilfsarbeiterschaft beim jetzigen Konflikt ginge. In Wirklichkeit geht es um mehr. Die Druckunternehmer wollen nicht nur einen stark verschlechterten Manteltarif, der den Hilfsarbeitern Verschlechterungen in der Ferienbezahlung in der Schichtbezahlung und anderes bringt. Dieser verschlechterte Manteltarif ist von den zentralen Gewerkschaftsbeamten schon akzeptiert worden. Sie haben allen Verschlechterungen ihre Sanktion gegeben. Sie beantragten sogar die Verbindlichkeitserklärung. Weil die SPD.-Beamten hierin nachgegeben haben, sind die Unternehmer noch kühner geworden, und steigerten ihre Ansprüche beim Abschluß eines neuen Lohntarifes.

Die graphische Hilfsarbeiterschaft hat also nicht nur den Reichslohntarif zu verteidigen, sondern sie muß sich gegen den stark verschlechterten Manteltarif und darüber hinaus gegen den neuen Lohnabbau wenden.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat bisher die Kollegenschaft zum Kampf gegen das Unternehmertum nicht mobilisiert. Die Unternehmer aber haben teilweise schon in der Provinz Aussperrungen zum Zwecke des Lohndruckes durchgeführt. Nun hat die Berliner Gewerkschaftsbürokratie als sie merkte, daß die Kollegenschaft in den Betrieben gewillt ist, Streiks durchzuführen, eine Kündigungsaktion empfohlen, um weiter Zeit für Verhandlungen mit den Unternehmern zu bekommen. Die Unternehmer haben sofort mit neuen Angriffen geantwortet und von sich aus dem übrigen Personal die Löhne und die Weiterbeschäftigung aufgekündigt.

Durch diesen Druck will das Unternehmertum erreichen, daß der von ihnen vorgeschlagene Lohnabbau von der SPD.-Gewerkschaftsbürokratie akzeptiert wird. Die von der Bürokratie vorgeschlagene Kündigungsaktion ist nicht eine Verbesserung der Position der Arbeiterschaft. Das hat das gestern von uns veröffentlichte Unternehmerrundschreiben deutlich gezeigt. Durch diese Methode kann nur der Widerstand der Kollegenschaft in den Betrieben zermürbt werden. Richtig war es, daß große Teile der oppositionellen Kollegen in den Berliner maßgebenden Betrieben die Kündigungsaktion nicht durchführten, sondern forderten, daß sofort Streiks organisiert werden. Nun behauptet die Bürokratie im „Vorwärts", daß die Hilfsarbeiterschaft nur auf die Anweisungen aus den Büros warte. In der Zwischenzeit verhandelt die Bürokratie aber weiter mit dem Unternehmertum und will die Kollegenschaft vor vollendete Tatsachen stellen.

Die Losung der graphischen Hilfsarbeiterschaft muß aber sein, Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau, auch wenn die Gewerkschaftsbürokratie ihre Zustimmung gibt. Streik gegen den verschlechterten Manteltarif, Kampfbündnis der übrigen Teile der Belegschaften mit der graphischen Hilfsarbeiterschaft. Die Kollegenschaft kann sich nicht durch Anweisungen der Gewerkschaftsbürokratie vertrösten lassen. Schon vor Freitag, dem Tage, wo die Kündigungen wirksam werden, müssen in den Betrieben die Kollegen während der Arbeitszeit zusammentreten und ultimativ die Weiterzahlung der heutigen Löhne sowie die Aufrechterhaltung der jetzigen Arbeits- und Ferienbedingungen fordern. Geben die Unternehmer diese Zusicherung nicht, sind die Betriebe stillzulegen. Das Beispiel der Belegschaft der Firma H. S. Herrmann, die auch nur durch Betriebsstreiks den Lohnabbau zum größten Teil abwehren konnte, ist die beste Lehre und muß von den übrigen Belegschaften ebenfalls in die Tat umgesetzt werden.

Die oppositionellen Kollegen treffen sich am Mittwoch, dem 22. Juni, um 17 Uhr, im Klub des Graphischen Block, Enckestr. 4, um zu den Maßnahmen, die im Betrieb getroffen werden müssen, in kameradschaftlicher Diskussion Stellung zu nehmen. Besonders die sozialdemokratischen Kollegen und Funktionäre sind hierzu eingeladen.

Heute 14 Uhr Versammlungen der erwerbslosen Bauarbeiter

Wedding: Lokal Hensel, Pasewalker Straße 3.
Zentrum: Brunnensäle, Brunnenstraße 15.
Schöneberg: „Rote Sporthalle", Hauptstraße 13.
Neukölln: „Idealklause", Mareschstraße 14.